

Wahlprüfsteine Netzwerk Grundeinkommen – Europawahl

1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

Das Bündnis Grundeinkommen versteht sich als Ein-Themen-Partei, die keinen anderen Zweck verfolgt, als im demokratischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland die Einführung des Grundeinkommens mit demokratischen Mitteln voranzubringen. Aufgrund der Größe des Projekts ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Teile der Volkswirtschaft und der Politik beeinflusst.

(aus unserem Programm laut Website www.buendnis-grundeinkommen.de)

2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))

Unser Ideal vom freien und emanzipierten Menschen, der eben ohne Bedingungen das Grundeinkommen erhält, schließt totalitäre und faschistische Bestrebungen aus. Hierzu zählt auch, dass die Gesellschaft frei sein muss und ein Grundeinkommen weder mit Gewalt noch mit undemokratischen Mitteln durchgesetzt werden darf. Das Grundeinkommen ist im Rahmen der derzeitigen Verfassung realisierbar und es bedarf keinerlei Änderung an unserem freiheitlich-demokratischen System.

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine Partei, die sich mit dem Thema bedingungsloses Grundeinkommen befasst, und alle ihre Mitglieder haben verstanden, dass andere Themen nicht Gegenstand dieser Partei sind. Dem einzelnen Mitglied steht es frei, sich bei anderen Themen in anderen demokratischen Parteien zu engagieren.

(Fortsetzung aus unserem Programm laut Website www.buendnis-grundeinkommen.de)

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission im Bundestag zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, insbesondere auch zur festzulegenden Höhe des Grundeinkommens und dessen Finanzierung.

(Fortsetzung aus unserem Programm laut Website www.buendnis-grundeinkommen.de)

Mangels Sitzen in deutschen oder europäischen Parlamenten konnte das Bündnis Grundeinkommen bisher noch keine konkreten Initiativen ergreifen.

*4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem [<https://www.grundeinkommen.de/03/10/2018/umverteilen-statt-vermehrten.html>] offenen Brief einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche*

konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?

Beseelt von dem politischen Willen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen, engagiert sich das Bündnis Grundeinkommen trotz aller politischen Widrigkeiten genau für ein Thema: das bedingungslose Grundeinkommen.

(Fortsetzung aus unserem Programm laut Website www.buendnis-grundeinkommen.de)

Zur Förderung des BGE in den EU-Staaten gilt es die nationalen Organisationen zu stärken, aufzubauen und zu vernetzen. Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit müssen die administrativen und rechtlichen Hürden identifiziert und deren Beseitigung angegangen werden.

5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

a.) aus unserem Leitbild, das auf dem letzten Bundesparteitag beschlossen wurde:

Wählbarkeit - das Grundeinkommen wählbar machen

Durch die Teilnahme an Wahlen schaffen wir Aufmerksamkeit für das Thema Grundeinkommen. Damit befördern wir die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Grundeinkommen und ermöglichen Partizipation für alle, die Ziele und Idee des Bündnis Grundeinkommen teilen und sich für die Verbreitung des Grundeinkommens einsetzen möchten (z.B. durch Unterschriften sammeln, Werbematerial verteilen, Wahlveranstaltungen, Kampagnen). Außerdem bauen wir politischen Druck auf andere Parteien auf und bestärken Befürwortende und Aktive in anderen Parteien. Im Jahr 2019 streben wir die Teilnahme an den Wahlen zum europäischen Parlament an. Die Teilnahme an der Wahl zum Europaparlament ist eine weitere Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Medien im Zuge der Wahl zu nutzen, um das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen bekannter zu machen. Die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Teilnahme sind vergleichsweise überschaubar mit einer bundesweiten Liste und nur 4.000 erforderlichen Unterstützerunterschriften.

b) Kasseler Erklärung

Freiheit in Gefahr – mehr wirkliche Freiheit für alle

Auf seiner ordentlichen Mitgliederversammlung hat das Bündnis Grundeinkommen (BGE) am 26. Mai 2018 folgende Kasseler Erklärung einstimmig beschlossen:

Autoritäre und nationalistische Bewegungen haben wachsenden Zulauf. Sie erzielen Wahlerfolge und drohen freiheitliche Errungenschaften abzuschaffen. Minderheiten werden ausgegrenzt. Überkommene Rollenvorstellungen und Lebensmodelle werden aus der Mottenkiste geholt und reaktiviert. Zivilisatorische Fortschritte, erkämpfte Freiheiten geraten unter Druck und werden bedroht. Diese autoritären Trends erstarken weltweit, auch in Deutschland: AfD, Pegida, die „Demo für alle“, die Identitären usw. Der neue Angriff richtet sich gegen Weltoffenheit, gegen die Rechte von Minderheiten und gegen Zuwanderer. Forderungen dieser Gruppen, wie etwa der AfD oder Pegida, werden inzwischen auch von den gemäßigten Parteien aufgegriffen.

Deutschland ist durch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 geprägt. Die mit diesen Reformen umgesetzte Bedrohung mit Armut erwies sich als sehr wirkungsvoll, die Freiheit vieler Menschen einzuschränken. Die Verteilung wurde ungleicher. Die Angst vor dem Absturz macht Menschen gefügig – und engherzig. Angst führt oft zu antisolidarischen Weltanschauungen und Verhaltensweisen. Freiheitsfeindliche Ressentiments breiten sich

aus. Die Attraktivität von autoritären Trends begründet sich auch in der Angst zu verarmen und ausgegrenzt zu werden.

Gegen diese gefährlichen Trends setzen wir die Stärkung der individuellen Freiheit, die Ideale der Menschenrechte, eine vielfältige, weltoffene und tolerante Gesellschaft, die allen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Die so verstandene Freiheit gibt es aber nur, wenn alle Menschen auch mit ausreichenden materiellen Mitteln ausgestattet sind, um selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Armut und die Drohung mit Armut machen unfrei. Wir treten den neuen nationalistisch-autoritären Trends mit einem Gesellschaftsentwurf entgegen, die nicht auf Ausgrenzung und Einschüchterung setzt, sondern der alle Menschen mitnimmt.

Wir fordern deshalb die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses ist von überragender Bedeutung, um eine freie und solidarische Gesellschaft insgesamt zu erreichen.

Das Grundeinkommen muss vier Kriterien erfüllen. Diese verdeutlichen den Unterschied zur heutigen Situation (SGB II):

1. Das bedingungslose Grundeinkommen soll Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichern, also die Armut abschaffen. Wäre es zu niedrig, müssten die Menschen etwas hinzuverdienen, müssten an einem entwürdigenden Unterbietungswettbewerb teilnehmen und damit den Niedriglohnsektor ausweiten.
2. Der Anspruch auf das bedingungslose Grundeinkommen muss ein individuelles Recht sein, also unabhängig von der familiären Situation garantiert sein. So macht es die Menschen finanziell unabhängiger von Angehörigen, von der Familie, vom Lebenspartner.
3. Das bedingungslose Grundeinkommen soll ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden. Kein Datenstriptease. Keine Diskriminierung zwischen Bedürftigen und Nicht-Bedürftigen. An der bürokratischen Hürde einer solchen Prüfung scheitern am ehesten diejenigen, die das bedingungslose Grundeinkommen am dringendsten brauchen.
4. Das bedingungslose Grundeinkommen muss ohne Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen gezahlt werden. Die Sicherung des Existenzminimums darf nicht, wie im SGB II, an Bemühungen gekoppelt werden, finanziell unabhängig zu werden.

Auch die Schritte zum bedingungslosen Grundeinkommen, etwa die Abschaffung der Sanktionen im SGB II, müssen sich daran messen lassen, inwiefern sie geeignet sind, die individuelle Freiheit zu stärken. Nur solche Schritte sind als Schritte zu mehr Freiheit akzeptabel, die die Situation der schlechter gestellten Gesellschaftsmitglieder verbessern, keinen Sozialabbau beinhalten und die Einkommensverteilung gleicher machen.

Armut wird durch das Grundeinkommen abgeschafft. Die Einkommensverteilung wird gleicher. Die heute allgegenwärtige Drohung mit Armut gehört dann einer finsternen Vergangenheit an. Das bedingungslose Grundeinkommen ist soziale Infrastruktur, so etwas wie ein breiter finanzieller Bürgersteig, auf dem alle sicher und angstfrei stehen und gehen können. Während heute angesichts der Drohkulisse der Jobcenter viele Menschen schlechte Jobs notgedrungen akzeptieren, wird das bedingungslose Grundeinkommen allen ermöglichen, zu schlechten Jobs Nein zu sagen. Während heute erzwungene Kooperation vorherrscht, wird die Welt mit bedingungslosem Grundeinkommen von freier Kooperation gekennzeichnet sein. Die Verhandlungsposition der unselbstständig Beschäftigten wird gestärkt. Mehr Gute Arbeit wird das Resultat sein. Das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht eine Entwicklung vom Konkurrenzkapitalismus der Gezwungenen und Geängstigten zum würdevollen Zusammenleben der Freien und Gleichen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein nationalistisches Projekt, sondern ein globales Ziel. Wir fordern langfristig ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die vier Kriterien erfüllt, für alle Menschen der Welt. Freiheit von Not und Armut ist ein universales Recht. Deshalb muss schon heute die Politik darauf gerichtet sein, das Wohlergehen der Ärmsten weltweit zu verbessern. Soziale Sicherheit ist überall Voraussetzung für Freiheit und deshalb global anzustreben. Deshalb erheben wir die Forderung nach Verbesserung der Lebensbedingungen für die von Armut, Krieg und Verfolgung betroffenen Menschen in der ganzen Welt. Wir unterstützen Maßnahmen, die die Lebenslagen der Ärmsten weltweit verbessern und den in Not geratenen Menschen Zuflucht und Einkommen garantieren. Dies sind Schritte zu einer Welt, in der soziale Rechte universell garantiert werden.